

Gesuch und Bewilligung für Bauarbeiten im öffentlichen Grund

Aufbruchgesuch Nr. /

Bauherrschaft:

 Adresse:

 Email:

 Verantwortliche Bauleitung:

Unternehmer Werkleitung:

 Adresse:

Unternehmer Graben

 Adresse:

 Kontakt:

Vorhaben

Zweck:

Aufbruchsort:

Grabengrösse (L/B/T):

Bauzeit:

geplanter Baubeginn:

Planbeilage:

Ort und Datum:

Unterschrift Gesuchstellerin:

Der Gesuchsteller akzeptiert mit seiner Unterschrift die rückseitigen Auflagen und Bedingungen.

Bewilligung Baukommission:

Rüttenen, den

.....
Harald Rüfenacht, Präsident

.....
Ivan Ruetsch, Aktuar

Bewilligungskosten: CHF 100.00

Die Bewilligungsgebühr ist mit beiliegendem Einzahlungsschein innert 30 Tagen zu bezahlen.

Allgemeine Auflagen / Bedingungen

Die Bewilligung zur Ausführung der vorstehend umschriebenen Grabarbeiten wird der Bauherrschaft unter folgenden Bedingungen, die auch für alle Rechtsnachfolger verbindlich sind, gewährt:

1. Der Verkehr darf durch die bewilligten Arbeiten nicht erheblich gestört oder gefährdet werden. Die Baustelle ist gemäss den SN-Normen zu signalisieren und bei Nacht zu beleuchten. Für umfangreichere Arbeiten sind die Signalisationsmassnahmen mit dem Werkhof und den Polizeiorganen rechtzeitig abzusprechen. Für den Betrieb einer Lichtsignalanlage ist in jedem Falle die Bewilligung des Werkhofes einzuholen.
2. Werden durch die Arbeiten bestehende Werkleitungen berührt, sind die besonderen Weisungen der Werkeigentümer frühzeitig einzuholen.
3. Die neue Leitung ist durch den Leitungseigentümer einzumessen, so dass durch Dritte die Lage jederzeit kostenlos ermittelt werden kann.
4. Der Bewilligungsempfänger und seine Rechtsnachfolger haften für alle Schäden, welche beim Bau, durch den Bestand und die Benützung oder bei Reparaturen der Anlage der Gemeinde oder Dritten verursacht wird. Es gelten die allgemeinen haftungsrechtlichen Bestimmungen.
5. Bauarbeiten dürfen nur durch versierte Tiefbauunternehmungen ausgeführt werden. Die Gemeinde hat das Recht, eine vom Bauherrn gewählte ungeeignete Unternehmung abzulehnen.
6. Der Bewilligungsempfänger ist verpflichtet, seine Leitung zu verlegen, wenn von der Gemeinde eine Nutzung des Grundstücks beabsichtigt ist, die sich mit der Leitungsführung nicht verträgt (z.B. Strassenbauprojekt). Die mit der Verlegung verbundenen Kosten sind vom Bewilligungsempfänger zu tragen.

Besondere Bedingungen für Strassenaufbrüche

7. Die Aufbruchstelle ist im Bereich des Belags zu schneiden.
8. Provisorische Grabenüberbrückungen: Die Stahlplatten sind auf das bestehende Belagsniveau bündig einzubauen.
9. Beim Auftreten von Sickerwasser, insbesondere bei Bergdruck, ist dieses zu fassen und abzuleiten.
10. Nach Ausführung der Arbeiten ist die Strasse nach den Weisungen des Werkhofes unverzüglich provisorisch wie folgt in Stand zu stellen:
 - Die Grabenauffüllung hat mit geeignetem Material zu erfolgen (lehmiges Material darf nicht wieder eingefüllt werden). Die Auffüllung ist in Schichten von 30cm Stärke einzubringen und zu verdichten. Die obersten 50cm sind als Fundationsschicht mit Kiessand I auszubilden.
11. Die Wiederinstandstellung des Strassenbelags hat grundsätzlich 2-schichtig zu erfolgen. Die erste provisorische Schicht muss eben mit dem bestehenden Belag ausgeführt werden. Ferner ist die Schicht, unmittelbar nach Auffüllen des Grabens, durch den Gesuchsteller auf seine Rechnung ausführen zu lassen. Das Abfräsen der ersten provisorischen Schicht und das Aufbringen der Deckschicht erfolgt, nach einer Setzungsfrist von mindestens 6 Monaten und längstens 12 Monaten.
 - Die Strasseninstandstellung hat mit einer Tragschicht mit AC T 22 N, 100 mm stark, bündig eingebaut zu erfolgen. Die Belagsränder sind nachzuschneiden und mit Fugenanstrichmasse anzustreichen.
 - Der Deckbelag, AC 8 N, ist 30mm stark einzubringen. Die Belagsfugen sind mit Fugenband auszubilden.
12. Setzungen des instand gestellten Strassenkörpers im Bereich des Grabenaushubes, sowie 50 cm auf alle Seiten, sind innerhalb der kommenden 2 Jahre bedingungslos und ohne Kostenfolge für die Einwohnergemeinde, auf erste Aufforderung hin, in Ordnung zu stellen.
13. Strassenabsenkungen und Leitungen, die durch das Verfahren beschädigt wurden, die sofort oder erst später bemerkt werden, werden durch die Gemeinde auf Rechnung des Gesuchstellers wieder instand gestellt.

Der Gemeinde ist nach Fertigstellung der Arbeiten ein Planwerk (1:500) über die Leitungsführung zukommen zu lassen

Gegen diese Bewilligung kann innert 10 Tagen seit Zustellung beim Bau- und Justizdepartement des Kantons Solothurn Beschwerde eingereicht werden; diese soll einen Antrag und eine Begründung enthalten.